

Celle 100 % sozial und ökologisch!

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben, setzt sich der Ortsverein der Gewerkschaft ver.di für die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft ein. Dies wurde bekräftigt durch die Rede von Paul Stern (ver.di-Ortsvereinsvorstand) auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB, die wir hier dokumentieren:

„Öffentlich ist wesentlich! Dieses Motto war 1999 nicht angesagt. Am 6. Oktober 1999 triumphierte E.on, der größte private Energieversorger Europas. E.on-Tochter Avacon AG gab die Übernahme der Stadtwerke Celle bekannt. In einer Presseerklärung dazu hieß es: *„Voraussichtlich mit Beginn des kommenden Jahres überträgt die Stadt Celle die Geschäftszweige der Stadtwerke Celle im Strom und Gasbereich sowie die Betriebsführung für das Wasserversorgungsnetz an die Avacon AG.“*

Das hieß konkret: Stadtwerke Celle zerschlagen, Daseinsvorsorge schwer beschädigt. Neoliberal kommentierte damals Biermann: *„Wir haben mit Avacon vereinbart, dass niemandem aus diesem Übergang Nachteile entstehen. Durch den Einstieg von Avacon wird vielmehr die langfristige Sicherheit der Arbeitsplätze deutlich erhöht. Ein Großunternehmen wie Avacon hat eben ganz andere Möglichkeiten, auf die raschen Veränderungen im deutschen Energiemarkt zu reagieren, als ein kleines Stadtwerk.“*

Genau dies propagierten Sozial- und Christdemokraten sowie, das muss selbstkritisch bemerkt werden, auch die Gewerkschaften vor Ort. Kurzsichtig wurde städtisches Tafelsilber verhökert – zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger. Das derzeit erhaltene Aktienpaket von 94 Millionen DM hat aktuell eine Börsennotierung von etwa 60 Millionen Euro. Der große Gewinner war und ist E.on. Die Profite von E.on nach Steuern haben sich im Zeitraum 2002-2007 fast verdreifacht.

Und der damalige Macher? Martin musste die goldene Kette der Stadt ablegen und bekam die goldene Kette von E.on umgehängt und tingelt jetzt als Atomstrompropagandist durch die Lande. Das war und ist Privatisierung hautnah.

Dieser historische Fehler kann jetzt korrigiert werden. Die Konzessionsverträge für Strom und Gas werden neu ausgeschrieben. Die Chance ist da, dass Politik und Zivilgesellschaft dafür sorgen, dass ein Kerngeschäft kommunaler Daseinsvorsorge, die Energieversorgung, wieder öffentliches Gut wird. Rekommunalisierung heißt, die Energieversorgung wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Es gilt: Öffentlich ist wesentlich.

Und wir sind da nicht farbenblind. Wenn die Linken und die Sozialdemokraten in Berlin städtische Wohnungsbaugesellschaften privatisieren ist das für uns genauso unannehmbar wie die erfolgte Privatisierung der

Landeskrankenhäuser durch schwarz-gelb in Niedersachsen. Öffentlich muss auch öffentlich sein. Eine Rekommunalisierung kann nicht so ablaufen wie in Springe, wo der französische Mischkonzern VEOLIA ins Boot geholt wurde. Konkret: Wir wollen keine Brötchen, wir wollen die ganze Bäckerei!

Wenn jetzt die Kommunalpolitiker tricksen, werden wir sie gnadenlos abstrafen. Denn: Nächstes Jahr sind Kommunalwahlen. Angesichts der Klimakatastrophe muss die Energiewende kommunal beginnen. Das heißt: Kein Bezug von Atom- und Kohlestrom, sofortiger und massenhafter Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist kommunale Energiepolitik des 21. Jahrhunderts!

Kolleginnen und Kollegen, unsere Agenda 2011 lautet: **Celle 100 % sozial und ökologisch! Rekommunalisierung jetzt!**“



Das Celler Forum gegen Atomenergie warb am 10. April mit einer kleinen Aktion vor der Celler SVO-Zentrale für die Rekommunalisierung. Der Slogan „Gegen Kohle und Atom“ war insoweit doppeldeutig gemeint, als darauf hingewiesen wurde, dass an die Mitglieder des Aufsichtsrates für ihre wenig aufwändige Tätigkeit gemeinsam 95.000 Euro jährlich ausgeschüttet werden. – Die Polizei leitete wegen dieser kleinen Aktion übrigens Ermittlungen wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.